

# **Amtsgericht Eberswalde**

## **- Die Direktorin -**

### **Anordnung gemäß § 21i Abs. 2 GVG**

**Nr. 3/2026**

**Aufgrund der teilweisen Abordnung von VRiLG Schrade und des teilweisen Einsatzes von Rin Anklam werden die richterlichen Geschäfte ab dem 01.05.2026 wie folgt verteilt:**

#### **A. Dezernate**

**Es bearbeiten**

#### **I. Direktorin des Amtsgerichts Mörke**

1. die Jugendrichtersachen einschließlich der Jugendschutzsachen und der beschleunigten Verfahren und Strafbefehlssachen sowie der Anträge nach § 45 Abs.3 JGG gegen Jugendliche und Heranwachsende
2. die Jugendschöffengerichtssachen einschließlich der Auswahl der Jugendschöffen und Jugendersatzschöffen sowie die damit zusammenhängenden Angelegenheiten, soweit sie nicht anderweitig verteilt sind
3. den Beisitz im erweiterten Schöffengericht
4. die VRJs-Sachen aus Jugendrichtersachen und Jugendschöffengerichtssachen einschließlich der von fremden Gerichten übertragenen
5. die Maßregelvollzugssachen soweit Jugendliche oder Heranwachsende betroffen sind
6. die Bewährungssachen aus Jugendstrafsachen und aus Jugendschöffengerichtssachen einschließlich der von fremden Gerichten übertragenen
7. die Bußgeldsachen – ohne Erzwingungshaftssachen - gegen Jugendliche und Heranwachsende
8. die Ermittlungsrichter- und Haftrichtersachen in Jugendschutzsachen und gegen Jugendliche und Heranwachsende, einschließlich der haftbegleitenden Tätigkeiten
9. alle nicht anderweitig verteilten richterlichen Geschäfte

Vertreterin: RinAG Lammek

## II. Richterin am Amtsgericht Lammek

1. die Einzelrichterstrafsachen mit den Anfangsbuchstaben des Nachnamens A – M, einschließlich der Cs-Sachen, der beschleunigten Verfahren, Bewährungssachen, Vermögensabschöpfung und Privatklageverfahren gegen Erwachsene, soweit sie nicht anderweitig – insbesondere unten zu IV 4. und zu VIII.) - verteilt sind.
2. die Unterbringung / Freiheitsentziehung Erwachsener nach dem 3. und 7. Buch des FamFG, soweit nicht das Betreuungsgericht gemäß §§ 312 Nrn. 1. und 2. zuständig ist
3. die Erzwingungshafthsachen
4. die richterlichen Entscheidungen in Beratungshilfesachen
5. die Abschiebehafthafthafthsachen und Auslieferungshafthsachen und damit verbundene Geschäfte am Donnerstag

Vertreter:	zu 1.), zu 3.-4.)	.	RiAG Fiedler
	zu 5.)		DinAG Mörke
	zu 2.)	montags	RinAG Kavermann
		dienstags	RinAG Teitge-Wunder
		mittwochs	RiAG Fiedler
		donnerstags	DinAG Mörke
		freitags	RiAG Gross

## III. Richter am Amtsgericht Gross

1. die Zivilprozesssachen und die Angelegenheiten nach dem WEG
2. die richterlichen Entscheidungen in Grundbuchsachen

Vertreter: RinAG Teitge-Wunder

## IV. Richter am Amtsgericht Fiedler

1. die Sachen vor dem Schöffengericht und erweiterten Schöffengericht und die Bewährungsaufsichten aus Schöffensachen
2. die Auswahl der Schöffen und Ersatzschöffen sowie die damit zusammenhängenden Angelegenheiten
3. die Einzelrichterstrafsachen mit den Anfangsbuchstaben des Nachnamens N – Z einschließlich der Cs-Sachen, der beschleunigten Verfahren,

Bewährungssachen, Vermögensabschöpfung und Privatklageverfahren gegen Erwachsene

4. die in der Hauptsache unerledigten Einzelrichterstrafsachen (einschließlich Cs-Sachen, ausschließlich der Bewährungsaufsichten) mit den Anfangsbuchstaben des Nachnamens A – M, soweit sie vor dem 01.04.21 anhängig geworden sind und am 30.04.22 terminiert waren (unerledigter Rest aus Altbestand A-M, entsprechend bisheriger Zuständigkeit RiAG Fiedler)
5. die Ermittlungsrichter- und Haftrichtersachen, die nicht anderweitig verteilt sind, einschließlich der haftbegleitenden Tätigkeiten
6. die richterlichen Entscheidungen nach dem Brandenburgischen Polizeigesetz (BbgPolG) und dem Bundespolizeigesetz
7. die Bußgeldsachen – ohne Erzwingungshaftssachen – gegen Erwachsene
8. die Abschiebehafte und Auslieferungshaftssachen und damit verbundene Geschäfte am Mittwoch

Vertreter:	zu 1.) bis 4.), 6.) bis 8.)		DinAG Mörke
	zu 5.) Erstvertreter:	montags	DinAG Mörke
		dienstags	RinAG Lammek
		mittwochs	DinAG Mörke
		donnerstags	DinAG Mörke
		freitags	DinAG Mörke
	Zweitvertreter:		RinAG Lammek

## V. Richter in am Amtsgericht Kavermann

1. die Verfahren in Familiensachen mit den Anfangsbuchstaben A - K des Nachnamens der Antragsgegnerin / des Antragsgegners, soweit nicht im Folgenden etwas anderes bestimmt ist
  - des Nachnamens des betroffenen ältesten Kindes in Kindschafts-, Abstammungs- und Kindesunterhaltssachen
  - des Nachnamens des/der ältesten Annehmenden in Adoptionsverfahren
  - des Nachnamens der Kindesmutter in Verfahren über die Bestimmung des Namens eines Kindes

Die bisherige Zuständigkeit in den am 30.11.2025 bereits terminierten Verfahren bleibt unberührt.

2. die Nachlasssachen
3. die Abschiebehafte und Auslieferungshaftssachen und damit verbundene Geschäfte am Montag

Vertreterin: RinAG Kühne-Schubert

## **VI. Richterin am Amtsgericht Kühne-Schubert**

1. die Familiensachen, soweit sie nicht anderweitig verteilt sind
2. Verfahren mit der Endziffer 1 und der Hälfte der Endziffer 2 (EZ 12-52) in Sachen für die das Betreuungsgericht zuständig ist, mit Ausnahme der Unterbringung/Freiheitsentziehung Erwachsener nach § 312 Nr. 3 FamFG und anderer gesetzlicher Vorschriften außerhalb des BGB
3. Unabhängig von der oben getroffenen Endzifferregelung ist Richterin am Amtsgericht Kühne-Schubert für alle einstweiligen Unterbringungssachen nach BGB, einschließlich unterbringungsähnlicher Maßnahmen, **am Donnerstag** zuständig.
4. Die Abschiebehaft und Auslieferungshaftsachen und damit verbundene Geschäfte am Freitag

Vertreterin:	zu 1.)	RinAG Kavermann
	zu 2.) und 3.)	Erstvertreter: RinAG Lammek
		Zweitvertreter: RinAG Teitge-Wunder
	zu 4.)	RiAG Gross

## **VII. Richterin am Amtsgericht Teitge-Wunder**

1. Verfahren mit den Endziffern 0, 3 bis 9 und der Hälfte der Endziffer 2 (EZ 62-02) in Sachen für die das Betreuungsgericht zuständig ist, mit Ausnahme der Unterbringung/Freiheitsentziehung Erwachsener nach § 312 Nr. 3 FamFG und anderer gesetzlicher Vorschriften außerhalb des BGB
2. Unabhängig von der oben getroffenen Endzifferregelung ist Richterin am Amtsgericht Teitge-Wunder für alle einstweiligen Unterbringungssachen nach BGB, einschließlich unterbringungsähnlicher Maßnahmen, an den **Wochentagen Montag bis Mittwoch und Freitag** zuständig.
3. Die Zwangsvollstreckungssachen
4. Die Abschiebehaft und Auslieferungshaftsachen und damit verbundene Geschäfte am Dienstag

Vertreter: RiAG Gross

## **VIII. Vorsitzender Richter am Landgericht Schrade**

Die Einzelrichterstrafsachen mit den Anfangsbuchstaben des Nachnamens A – M, einschließlich der Cs-Sachen und der beschleunigten Verfahren gegen Erwachsene, soweit sie am 30.04.2026 auf den Terminstag Donnerstag

terminiert waren.

Vertreter: RinAG Lammek

### **IX. Richter in Anklam**

die Verfahren in Familiensachen mit den Anfangsbuchstaben L - Z des Nachnamens der Antragsgegnerin / des Antragsgegners, soweit nicht im Folgenden etwas anderes bestimmt ist

- des Nachnamens des betroffenen ältesten Kindes in Kindschafts-, Abstammungs- und Kindesunterhaltssachen
- des Nachnamens des/der ältesten Annehmenden in Adoptionsverfahren
- des Nachnamens der Kindesmutter in Verfahren über die Bestimmung des Namens eines Kindes

soweit sie am 30.04.2026 auf den Terminstag Montag terminiert waren.

Vertreter: RinAG Kavermann

### **VIII. Gütegericht**

Güterichterverfahren in Familien- und Zivilverfahren des Amtsgerichts Eberswalde werden vor dem Güterichter des Amtsgerichts Bernau bei Berlin geführt. Wer der zuständige Richter dort ist, bestimmt sich nach dem Geschäftsverteilungsplan des Amtsgerichts Bernau bei Berlin.

### **IX. richterlicher Bereitschaftsdienst**

Für Sachen, deren Bearbeitung keinen Aufschub duldet, die zwischen der Nachtzeit und der Öffnungszeit des Gerichtes eingehen und für die der konzentrierte richterliche Bereitschaftsdienst des Nordbezirkes im Bezirk des Landgerichts Frankfurt/Oder nicht zuständig ist, ist der für die Sache zuständige Dezernent zuständig. Für die Vorhaltung eines richterlichen Bereitschaftsdienstes zur Nachtzeit besteht kein Bedarf.

**B.** Soweit für die richterliche Zuständigkeit eine Endziffer maßgebend ist, wird für den Fall gleichzeitiger Eingänge die Reihenfolge der Eintragungen und damit der Endziffern wie folgt bestimmt:

1. in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen des Beklagten oder Antragsgegners oder Schuldners bzw. Angeklagten oder Beschuldigten oder Betroffenen.
2. bei Namensgleichheit hilfsweise nach dem Vornamen wie Ziffer 1.
3. bei Identität des Nachnamens und Vornamens hilfsweise nach dem Wohnsitz nach alphabetischer Reihenfolge.
4. bei Wohnsitzidentität hilfsweise nach dem Straßennamen in alphabetischer Reihenfolge.

5. bei Straßenidentität hilfsweise nach der Hausnummer in aufsteigender Reihenfolge
6. weiter hilfsweise nach dem Nachnamen des Klägers, Antragstellers, Gläubigers wie Ziffer 1 bis 5.
7. bei Parteiidentität und Namensidentität in Zivilprozess- und Vollstreckungssachen
  - a) beginnend mit der ältesten Forderung
  - b) bei zeitgleichen Forderungen beginnend mit dem höchsten Streitwert
  - c) bei Streitwertgleichheit nichtvermögensrechtliche vor vermögensrechtlichen Streitigkeiten,
  - d) bei fehlender anderweitiger Unterscheidbarkeit entscheidet das Los.
8. Wird ein Teil einer Zivil-, Ehe-, Familienstreit- oder Abstammungssache abgetrennt und erhält die abgetrennte Sache ein neues Aktenzeichen, oder wird für die abgetrennte Sache an sich ein anderer Dezernent zuständig, bleibt es für die abgetrennte Sache bei der Zuständigkeit für die Ausgangssache.

**C. Für die Zuständigkeitsbestimmung nach Namen gilt folgendes:**

1. Sind in einer Sache, für die vorstehend nichts anderes bestimmt ist, mehrere Beklagte bzw. Schuldner oder Antragsgegner, Angeklagte oder Betroffene vorhanden, so entscheidet der Anfangsbuchstabe desjenigen Beklagten pp. der im Alphabet an erster Stelle steht.
2. Ist ein Insolvenzverwalter Partei, so wird bei der Bestimmung des Namens nicht auf seinen, sondern auf den Namen des Gemeinschuldners abgestellt. Entsprechendes gilt, wenn ein Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Vormund oder Pfleger Verwalter ist.
3. Bei Personen, die einen aus mehreren Wörtern bestehenden Zunamen tragen oder die dem früheren Adel angehören, entscheidet der erste Buchstabe des Hauptwortes z.B. An der Brügge, Graf von Landsberg.
4. Ist eine Firma Partei, die einen Personennamen enthält, so entscheidet dieser, und zwar der Zuname; bei mehreren in der Firma enthaltenen Personennamen gilt der zuerst genannte, zum Beispiel: „Vereinsbrauerei Scharbeck, Arndt & Co. KG in Paderborn,„. Bei unpersönlichen Firmenbezeichnungen ist der erste Buchstabe des angegebenen Firmennamens entscheidend, zum Beispiel: „Eberswalder Privatbrauerei“.

Entsprechendes gilt bei Klagen gegen Vereine, Stiftungen usw. Ist bei einer Klage gegen einen Einzelkaufmann sowohl der eingetragene Firmenname als auch der bürgerliche Name des Kaufmannes angegeben, so entscheidet der Firmenname, und zwar der Zuname. Bei mehreren in Firmennamen enthaltenen Zunamen gilt der zuerst genannte.

5. Bei Gemeinden usw., Kirchengemeinden, Sparkasse, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, ist der Name der politischen Gemeinde usw. entscheidend, z.B. Stadt Eberswalde, Sparkasse Barnim. Hat eine Kirchengemeinde oder eine Sparkasse die alte Ortsbezeichnung beibehalten, obwohl die politische Gemeinde durch Eingemeindung oder Gebietsreform

geändert worden ist, so entscheidet die beibehaltene alte Ortsbezeichnung. Der Zusatz „Bad“ gilt nicht als Teil des Namens der politischen Gemeinde (zum Beispiel: Bad Freienwalde).

6. Bei einem Fiskus als Partei ist der Buchstabe F maßgebend, und zwar auch dann, wenn die Klage gegen die Bundesrepublik oder gegen ein Land gerichtet ist.
  7. Die Zuständigkeit bei Namensänderung bestimmt sich in Zivil- und Familienstreitsachen nach dem Zeitpunkt der förmlichen Zustellung der Klage /Antragsschrift (Rechtshängigkeit). In allen übrigen Sachen ist auf den Zeitpunkt des Eingangs der Akte/Anregung/Antragsschrift (Anhängigkeit) abzustellen.
- D.** Rechtshilfesachen werden von jedem Richter, seinem Dezernat entsprechend, bearbeitet.
- E.** Über Richterablehnungen entscheidet der jeweilige Ringvertreter des abgelehnten oder sich ablehnenden Dezernenten. Im Falle dessen Verhinderung derjenige Richter, der ihm in der Ringvertretung folgt. Im Falle begründeter Ablehnung ist für die weitere Bearbeitung des Verfahrens der Erstvertreter des abgelehnten oder sich ablehnenden Dezernenten zuständig.
- F.** Über Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen des Rechtspflegers gem. § 24 a RPfIG entscheidet der jeweils zuständige richterliche Dezernent in Zivil- bzw. Familiensachen.
- G.** Über die Ablehnung von Rechtspflegern nach § 10 Rechtspflegergesetz entscheidet der zuständige Dezernent.
- H.** Im beschleunigten Verfahren gemäß § 417 ff. StPO bleibt der Eingangsdezernent auch im Falle einer Entscheidung nach § 419 Absatz 3 StPO für das weitere Verfahren zuständig.
- I.** Wird eine Strafsache oder Bußgeldsache an eine andere Abteilung gemäß § 354 Absatz 2 StPO oder § 79 Absatz 6 OWiG zurückverwiesen, entscheidet der jeweilige Dezernatsvertreter.
- J.** Entscheidungen gemäß § 299 ZPO / Art. 35 GG sind dem jeweiligen Dezernenten übertragen.
- K.** Entscheidungen nach dem StrEG trifft der richterliche Dezernent, der im Fall der Erhebung der öffentlichen Anklage zuständig wäre (bei Verbrechen der Vorsitzende des Schöffen bzw. Jugendschöffengerichts, im Übrigen der zuständige Einzel- oder Jugendrichter).

**L.** Wird in Einzelrichterstrafsachen einschließlich der beschleunigten Verfahren der Privatklageverfahren und der Cs- Sachen gegen Erwachsene ein Verfahren abgetrennt, bleibt der für die Ursprungssache zuständige Dezentent auch für die abgetrennte Sache zuständig.

**M. weitere Vertretungsregelungen**

**1.** Ist trotz der Regelungen zu A eine Vertretung nicht gewährleistet, vertreten sich die Richter in folgender Reihenfolge (**Ringvertretung**), beginnend mit dem Richter, der dem verhinderten Vertreter nach oben A folgt:

- RinAG Lammek
- RiAG Gross
- RiAG Fiedler
- DinAG Mörke
- RinAG Kavermann
- RinAG Teitge-Wunder
- RinAG Kühne-Schubert

**2.** Der Vertretungsfall nach oben A und M Nr.1 tritt in einer Sache, die sofort zu bearbeiten ist, schon ein, wenn der originär zuständige Dezentent nicht an Gerichtsstelle anwesend ist oder durch Sitzung verhindert ist.

**3.** Der Vertretungsfall nach oben A und M Nr.1 tritt in einer Sache, die dringend zu bearbeiten ist, nicht schon ein, wenn der originär zuständige Dezentent durch Sitzung verhindert ist oder nicht an Gerichtsstelle anwesend ist, ohne daran durch Urlaub, Krankheit oder Fortbildung gehindert zu sein, es sei denn, die Bearbeitung der Sache lässt ein Zuwarten auf das Ende der Sitzung oder das Erreichen der Dienststelle nicht zu.

**4.** Der Vertretungsfall nach oben A und M Nr.1 tritt in Sachen, die nicht dringend zu bearbeiten sind, nicht deshalb ein, weil der originär zuständige Dezentent durch Sitzung verhindert ist oder nicht an Gerichtsstelle anwesend ist, ohne daran durch Urlaub, Krankheit oder Fortbildung gehindert zu sein.

**5.** Über die Dringlichkeit der Sache i.S.v. M Nrn. 2 bis 4 entscheidet der erste, als Vertretung des originär zuständigen Dezententen angegangene Dezentent.

**6.** Der Vertretungsfall nach oben A und M Nr.1 tritt nicht ein, wenn der zuständige Dezentent aus dem Dienst ausscheidet.

**N.** Bestehen Zweifel an der Zuständigkeit für die Bearbeitung einer Sache und können sich die betroffenen Dezententen nicht über die Zuständigkeit einigen, entscheidet das Präsidium auf Antrag des zuerst mit der Sache befassten Dezententen

Die Anordnung ergeht gemäß §§ 21i Abs. 1 und 2 GVG i.V.m. 21e GVG, da das Präsidium des AG Eberswalde – bestehend aus RinAG Kühne-Schubert, RinAG Lammek, RiAG Fiedler und RinAG Kavermann sowie der Uz, derzeit nicht beschlussfähig ist. RinAG Kühne-Schubert ist aufgrund eines Beschäftigungsverbotes nicht im Dienst. RiAG Fiedler und RinAG Lammek sind dienstunfähig erkrankt.

gez. Mörke  
Direktorin des Amtsgerichts

Eberswalde, den 24.04.2026